

## ■ POLIZEIBERICHT

**Haftbefehl nach tödlichem Streit**

**TRIER.** Nach einem tödlichen Streit in einem Trierer Schrebergarten hat das Amtsgericht Haftbefehl wegen Totschlags gegen den mutmaßlichen Täter erlassen. Das berichtete die Polizei am Samstag. Der 61-Jährige soll am Freitag einen 68 Jahre alten Mann erschossen haben. Beide sollen nach Polizeiangaben schon länger im Clinch gelegen haben. (Irs)

**Hoher Schaden bei Hausbrand**

**SCHAUREN/IDAR-OBERSTEIN.** Bei einem Hausbrand in Schauren ist ein Schaden von 100 000 Euro entstanden. Menschen seien bei dem Feuer am Samstagmittag nicht verletzt worden, teilte die Polizei gestern in Idar-Oberstein mit. Die Bewohner hatten noch selbst versucht, die Flammen zu löschen. Als ihnen dies nicht gelang, retteten sie sich ins Freie. (Irs)

**Angriff aus Eifersucht**

**NEUWIED.** Bei einem Eifersuchtsdrama in Neuwied hat ein Mann einem 21-Jährigen mit einem Baseballschläger gegen den Kopf geschlagen – dabei hatten weder er noch sein Opfer etwas mit der Beziehung zu tun. Der 21-Jährige sei mit einer Platzwunde ins Krankenhaus gebracht worden, teilte die Polizei gestern mit. Er hatte mit einer Frau und deren neuem Freund in einem Auto gesessen, das in der Nacht zum Samstag von Bekannten ihres Ex-Freundes verfolgt und eingekesselt wurde. Ein 24-jähriger schlug gegen die Autoscheibe, dabei traf er den Kopf des 21-Jährigen. Der Täter, der selbst nur ein Bekannter des Ex-Freundes ist, wurde festgenommen. (Irs)

**Dreijährige büxen von zu Hause aus**

**KAISERSLAUTERN.** Gleich zwei kleine Mädchen haben am Wochenende die Polizei in Kaiserslautern auf Trab gehalten. Sie seien unabhängig voneinander von zu Hause weggelaufen und wohlbehalten zurückgebracht worden, teilte die Polizei gestern mit. Zunächst war am frühen Samstagmorgen ein dreijähriges Mädchen im Schlafanzug durch die Fußgängerzone gelaufen – sie wollte ihrem Stofftier ein Eis besorgen. In der Nacht zum Sonntag büxte dann in der Nähe ein anderes Mädchen im gleichen Alter aus. Eine Passantin traf das Kind um 4.20 Uhr, als es an einem Kreisel stand. Die Familien der Kleinen hatten geschlafen und nichts von den Ausflügen mitbekommen. (Irs)

**Mann ärgert mit Sirene Nachbarn**

**KOBLENZ.** Mit einer lauten Sirene hat ein 76-jähriger Mann in Koblenz seine Nachbarn zur Weißglut getrieben. Er habe das Gerät bei offenem Fenster in seiner Wohnung in einem Mehrfamilienhaus angestellt und sei gegangen, teilte die Polizei gestern mit. Nachbarn alarmierten den Notruf. Mit Stöpseln in den Ohren kletterte ein Polizist am Samstag mit Hilfe einer Feuerwehrleiter in die Wohnung und stellte die Sirene aus. (Irs)

## ■ Zahl des Tages

**358**

... Kinder im Alter von unter einem Jahr sind 2013 in einer rheinland-pfälzischen Kindertageseinrichtung betreut worden. Das geht aus Daten des Statistischen Landesamtes hervor.



Am 25. Mai sind die Rheinland-Pfälzer zur Kommunalwahl aufgerufen. (Foto: dpa)

# Viele fühlen sich als Zweite-Klasse-Mensch

Kommunalwahlen: 62 419 Türkischstämmige ausgeschlossen

Von PZ-Korrespondentin Stefanie Heitmann

■ **MAINZ.** Wenn am 25. Mai die Rheinland-Pfälzer zur Kommunalwahl aufgerufen sind, dann ist es 62 419 türkischstämmigen Menschen, die im Land leben, aber nur einen türkischen Pass besitzen, nicht möglich, ihre Stimme abzugeben. Sie dürfen zwar in Deutschland leben, arbeiten und Abgaben entrichten – wählen aber dürfen sie nicht, weil die Türkei kein Mitglied der Europäischen Union ist.



Z. Yüksel

„Die Menschen dürfen nicht mitbestimmen, ob zum Beispiel der Sportplatz im Ort saniert werden soll oder ob die Moschee in Gernersheim etwa ein Minarett bekommt“, sagt Ziya Yüksel, Vorsitzender des Beirats für Migration und Integration im Kreis Gernersheim. 2013 rief Yüksel mit der Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz (AGARP) in der Kampagne „Demokratie braucht jede Stimme“ die Parteien auf, die Einführung des kommunalen Wahlrechts auch für Nicht-EU-Bürger in ihre Bundestagswahlprogramme aufzunehmen. Es sei nicht mehr zu rechtfertigen, dass Bürger aufgrund ihres Passes zu „Zweite-Klasse-Menschen“ degradiert würden, so Yüksel. Durch die

■ **„Wer nicht wählt, hat auch nicht das Recht mitzureden“, zitiert Ramazan Ayaz ein türkisches Sprichwort**

Einführung des kommunalen Wahlrechts für Menschen, die aus Staaten außerhalb der EU stammen, könne die Politikverdrossenheit gehemmt oder gar gestoppt werden, glaubt Yüksel. „Die Menschen fühlen sich dadurch angenommen und werden Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen, in der sie leben.“

Yüksel wandte sich an Politiker aller Parteien. Die Reaktionen der politischen Verantwortlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene waren geteilt. Der Landrat des Landkreises Gernersheim, Fritz Brechtel (CDU), sieht sich nicht zuständig. „Eine Änderung des Wahlrechts ist Sache des Bundesgesetzgebers. Ich werde tätig werden, wenn der Bund die bestehenden Gesetze ändert. Ich sehe momentan aber keinen Bedarf für eine Änderung“, sagt Brechtel. Der Bund müsse den Artikel 28 des Grundgesetzes zunächst abändern – bisher haben nur Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit oder aus EU-Mitgliedsstaaten das Recht, in der Bundesrepublik zu wählen. „Die Rechtslage ist, wie sie ist. Jeder kann in unserer demokratischen Gesellschaft frei entscheiden, muss aber mit den Konsequenzen leben. Nach der derzeitigen Gesetzeslage muss man sich entscheiden. Wenn die Identität wichtiger ist, als der Wunsch zu wäh-

len, dann muss man mit den Konsequenzen leben.“ Die Menschen könnten sich trotzdem aktiv einbringen, etwa in Vereinen, findet Brechtel.

Auch der Bundestagsabgeordnete Thomas Gebhart aus Landau (CDU) sieht für die Grundgesetzänderung keine guten Chancen. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit bei der Abstimmung zur Gesetzesänderung hält er für unwahrscheinlich. Er befürwortet die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft als beste Lösung, denn „die Wahlbeteiligung von Drittstaatlern in EU-Ländern, die ein kommunales Wahlrecht eingeführt haben, ist extrem niedrig und liegt unter zehn Prozent.“

Nach derzeitiger Gesetzeslage müssen sich Kinder, die in Deutschland geboren sind, entscheiden, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen oder nicht. Junge Erwachsenen verlieren ihre deutsche Staatsangehörigkeit, wenn sie sich nicht zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr ausdrücklich dafür entscheiden. Rheinland-Pfalz macht sich derzeit mit Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg dafür stark, dass alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern zwei Pässe besitzen dürfen – auch wenn sie im Ausland geboren wurden.

„Ein türkisches Sprichwort sagt: Wer nicht wählt, hat auch nicht das Recht mitzureden“, sagt Ramazan Ayaz. Er hat seinen türkischen Pass gegen einen deutschen eingetauscht. Dass Migranten und ihre Kultur nicht als Bereicherung gesehen würden, ärgert ihn.



R. Ayaz

Und dass türkische Migranten, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Land aufgebaut haben, immer noch nicht mitbestimmen dürften. Das Argument, integriert sei nur, wer auch einen deutschen Pass hat, sei haltlos: „Die Politik schert alle über einen Kamm: Wenn du etwas bewirken willst und wählen möchtest, dann musst du die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Aber was bringt

mir die deutsche Staatsbürgerschaft auf dem Papier?“ Diskutieren im Vorfeld bringe gar nichts. „Ob das kommunale Wahlrecht für alle gelingt oder scheitert, dass kann man nur ausprobieren. Ich glaube aber, es würde sich nicht wirklich viel ändern“, sagt Ayaz.

Der marokkanische Student Mohammed Laaroussi aus Ludwigshafen glaubt hingegen, die politischen Kräfte könnten sich durchaus neu verteilen, gerade in Orten mit einem hohen Migrantenanteil wie etwa Gernersheim oder Ludwigshafen. „Bei Migranten stehen andere Themen im Vordergrund“, sagt Laaroussi. Beispielsweise sei es für Studenten schwer, nach dem Studium sofort einen Arbeitsplatz zu finden, um in Deutschland zu bleiben, denn ihr Studenten-Visum läuft mit dem letzten Tag im Hörsaal aus. Viele Kommilitonen fühlten sich abgeschoben – so auch Laaroussi. Parteien, die das Bleiberecht für ausländische Absolventen ausweiten würden, könnten also von vielen jungen Migrantenwählern stark profitieren, glaubt der gebürtige Marokkaner.

„Ich finde das unmöglich, dass man sich entscheiden muss“, sagt Sebnem Bahadir. Die promovierte Dozentin an der Uni Gernersheim überlegt noch immer, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen soll. Vorteile hätte ein deutscher Pass schon, gerade bei den vielen Auslandsreisen sei es leichter, mit deutschem Pass die nötigen Visa zu bekommen, sagt sie. „Ich fühle mich aber in beiden Ländern wohl.“

Bahadir kam mit ihren Eltern als Kind nach Deutschland, studierte in der Türkei, promovierte in Heidelberg. „In der Türkei wählen, kann ich auch nicht so einfach“, sagt Bahadir. Eine Briefwahl oder ein Besuch im Konsulat reichten nicht aus. Restriktionen, wie etwa persönliche Anwesenheit im türkischen Wahlkreis, machten ihr das Wählen nicht leicht. „Wenn ich in Deutschland wählen dürfte, würde ich mich auch politisch engagieren.“



M. Laaroussi



S. Bahadir

## ■ HINTERGRUND

**Migranten in Zahlen**

In Rheinland-Pfalz lebten im Jahr 2012 laut Statistischem Bundesamt 745 000 Menschen mit Migrationshintergrund, das entspricht 18,5 Prozent der Bevölkerung. Im Landkreis Gernersheim waren 11 458 Migranten gemeldet, die größte Gruppe der Nicht-EU-Bürger waren Menschen aus der Türkei (3 804).

Einen besonders hohen Anteil an Migranten, die nicht aus der EU stammen, hat die Stadt Gernersheim: Von den 19 710 Einwohnern

haben 10 540 einen Migrationshintergrund, das entspricht 53,5 Prozent. 3 780 Menschen (19,1 Prozent der Bevölkerung) stammen aus Nicht-EU-Ländern wie Russland, Vietnam oder der Türkei und sind nicht wahlberechtigt. Die Stadt Gernersheim ist die Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern in Rheinland-Pfalz mit dem höchsten Ausländeranteil, dann folgen Ludwigshafen (36,5 Prozent) und Frankenthal (36,4 Prozent). (muf)

## SPD wirbt für gebührenfreie Kitas

Programm für Kommunalwahl verabschiedet

Von PZ-Korrespondent Markus Lachmann

■ **WORMS.** Mit Themen wie gebührenfreie Bildung, gesellschaftliche Teilhabe, flächendeckende Gesundheitsversorgung und bezahlbarer Wohnraum will die rheinland-pfälzische SPD in die Kommunalwahl ziehen.

SPD-Landeschef Roger Lewentz sagte vor mehr als 400 Teilnehmern in Worms, die Partei wolle das Ergebnis von 2009 von 29,5 Prozent verbessern. „Wir wollen und werden besser werden.“

Auf einem kommunalpolitischen Kongress verabschiedeten die Sozialdemokraten einstimmig das 25 Seiten starke Wahlprogramm („Zukunft gerecht gestalten“). Darin heißt es, Bildung müsse für jedes Kind, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern, zugänglich sein. Durch die Kita-Beitragsfreiheit würden Familien mit zwei Kindern um durchschnittlich 1 600 Euro im Jahr ent-

Kandidaten werden im Reißverschlussverfahren aufgestellt. Nur 16,8 Prozent der Ratsmitglieder im Land sind Frauen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer forderte: „Wir wollen erheblich mehr Frauen in den Parlamenten.“

Thema Finanzen: Der Wormser OB Michael Kissel erklärte, die Kommunen hätten sich im kommunalen Finanzausgleich angesichts wachsender Sozialausgaben mehr vom Land erhofft. Allerdings seien hier alle drei staatlichen Ebenen gefordert, insbesondere der Bund. „Gerade die Eingliederungshilfe ist eine gesamtstaatliche Aufgabe.“

Laut Dreyer werden die Kommunen im kommenden Jahr im Durchschnitt ausgeglichene Haushalte haben. Sie kündigte aber an, das Land werde den Finanzausgleich in drei Jahren überprüfen und hier gegebenenfalls nachbessern. Die Ministerpräsidentin appellierte an die kommunale Familie, nicht gegeneinander, sondern miteinander zu arbeiten. „Ich finde es schade, dass wir wieder die Androhung von Klagen haben.“ Diese kämen ausschließlich von CDUgeführten Kommunen.

Michael Reitzel, Landesvorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), stellte das Wahlprogramm vor. Es gehe unter anderem darum, auf den Strukturwandel in den Dörfern zu reagieren. „Wir müssen die Dörfer von innen heraus lebendig machen“, so Reitzel. Er sprach auch den Vorstoß von vier SPD-Kommunalpolitikern zu einem Zusammenschluss der Kreise Mainz-Bingen und Alzey-Worms an. Solche Initiativen könnte er sich auch in anderen rheinland-pfälzischen Regionen vorstellen.

■ **Erstmals versieht die rheinland-pfälzische SPD ihre kommunalen Listen mit einer Quotierung**

lastet. „An dieser familienpolitischer Maßnahme halten wir fest.“

Lewentz betonte: „Die CDU will das zurückdrehen.“ Rheinland-Pfalz sei „Bildungsland Nummer eins“, Musterland bei den Ganztagschulen und investiere von 2008 bis 2015 insgesamt 3,1 Milliarden Euro in den Kita-Bereich. Beim Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen liege das Land bei den westlichen Flächenländern vorne. „Wir müssen achtpassen, dass das nicht kaputt gemacht wird.“

Erstmals versieht die rheinland-pfälzische SPD ihre kommunalen Listen mit einer Quotierung, das heißt, weibliche und männliche

## ■ KURZ NOTIERT

**Justizzentrum wird günstiger als erwartet**

**BAD KREUZNACH.** Das künftige Justizzentrum in Bad Kreuznach wird nach Angaben des rheinland-pfälzischen Rechnungshofs günstiger als ursprünglich erwartet. Statt 35 Millionen Euro solle das Gebäude nur noch 29 Millionen Euro kosten, teilte die Kontrollbehörde in ihrem Jahresbericht 2014 mit. Auch die laufenden Folgekosten könnten sinken. Im Jahr 2010 sei zunächst unwirtschaftlich geplant worden. Der Neubau soll die Staatsanwaltschaft, das Amts-, das Land- und das Arbeitsgericht beherbergen.

**Kleinkunstpreis in Mainz verliehen**

**MAINZ.** Sieben Künstler sind mit dem Deutschen Kleinkunstpreis ausgezeichnet worden. Der Kabarettist „HG. Butzko“ erhielt gestern die Auszeichnung in der Sparte Kabarett. Die Kulturministerin Doris Ahnen überreichte Franz Hohler den Ehrenpreis des Landes. In der Sparte Chanson/Lied/Musik erhielt das Duo „Knuth & Tucek“ aus Nicole Knuth und Olga Tucek die Auszeichnung. Die Künstler Jonas Anderhub und Christof Wolfisberg ehrte die Jury in der Sparte Kleinkunst. Der Förderpreis der Stadt Mainz ging an Klaus Eckel. (Irs)

## ■ Mandelblüte lockt Besucher



Strahlend blauer Himmel mit herrlichem Sonnenschein lockt zahlreiche Besucher nach Gimmeldingen, wo die ersten Weinstände zwischen rosa und weiß blühenden Mandelbäumen bereits geöffnet haben und einen Vorgeschmack auf das am kommenden Wochenende stattfindende Mandelblütenfest bieten. (Foto: Venus)